

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Wolfgang Bierstedt,
Rolf Kutzmutz und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2571 –

Änderung der Rahmenvereinbarung von Bund und neuen Ländern zur Erfüllung des Treuhandauftrages

A. Problem

Überprüfung und Veränderung des Treuhandauftrages.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/2571 – abzulehnen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Werner Schulz (Berlin)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin)**I.**

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2571 – wurde in der 64. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 1995 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Veränderung des Treuhandauftrages haben, um eventuell gegebene Schadenersatzforderungen vermeiden zu können.

Die Fraktion der CDU/CSU erinnerte daran, daß Bund und neue Länder sich in intensiven Gesprächen auf die Rahmenvereinbarungen geeinigt hätten. Der Antrag finde bei den neuen Ländern aus guten Gründen keine Zustimmung.

II.

Der Rechtsausschuß hat den Antrag am 12. Juni 1996 beraten. Er beschloß mehrheitlich gegen die Stimme der Gruppe der PDS, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die Fraktion der SPD führte aus, daß der Antrag zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland nicht beitragen könne. Die Finanzschwäche der Länder sei ein weiterer Grund, dem Antrag nicht zuzustimmen.

III.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 26. Juni 1996 beraten.

Die antragstellende Gruppe der PDS unterstrich, daß es ihr um ein größeres Mitspracherecht der Länder gehe. Der Bund müsse selbst ein Interesse an der

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimme der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Werner Schulz (Berlin)

Berichtersteller